

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Feiertagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für drei Monate 30 Pfg., bei sonstiger Zustellung 35 Pfg. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postkarte für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin NW. 6. Schiffbauerdamm 19 III. Geschäftsstelle: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten die halbe Zeile, Nonpareil-Zeile oder deren Raum 70 Pfg. Kleine Anzeigen das festgesetzte Wort 30 Pfg., jedes weitere Wort 15 Pfg. Erziehungsausschlag 50 Pfg. Bei Familien- und Veranlassungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition abgegeben sein. Expedition: Berlin NW. 6. Schiffbauerdamm 19. Geschäftsstelle: Amt Norden 2768.

Die Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Freitag, den 17. Januar 1919

Nummer 31

Nach dem Mord die Lügen.

Professstreik gegen das Schredensregiment

Die Arbeiter und Arbeiterinnen zahlreicher Betriebe legten gestern die Arbeit nieder, um gegen das von Ebert-Scheidemann-Roske geübte Schredensregiment Protest einzulegen. Auch viele Arbeiter, die zu den Mehrheitssozialisten stehen, sind über die jetzigen Zustände empört und schlossen sich ihren Kollegen an. Die Arbeiter und Angestellten der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik (Königsplatz) beschloßen einstimmig den stärksten Protest gegen die feigen Mordanschläge, welche unsere langjährigen Kämpfer für Freiheit und Menschenrecht, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, bewußt und mit bölliger Ueberlegung gemordet haben, und versprechen, nicht eher zu ruhen und zu rasten, bis die so schändlich Ermordeten gerächt und unsere Ideale verwirklicht worden sind. Als Zeichen der tiefsten Entrüstung und Empörung traten die gesamten Arbeiter und Angestellten der genannten Werke in einen Profeststreik ein. Von einem Demonstrationzug nimmt die Arbeiterschaft jedoch Abstand.

Die Arbeiterschaft der Maximal-Apparate-Fabrik, Berlin SW. 61, Pflückerstraße 12, nimmt mit Entrüstung von dem furchtbaren Mordanschlag, welcher an der Genossin Frau Dr. Rosa Luxemburg und dem Genossen Herrn Dr. Karl Liebknecht in der grausamsten Weise verübt worden ist, Kenntnis. Die Arbeiter und Arbeiterinnen geloben, daß der Selbstmord dieser unerschütterlichen Vorkämpfer des Sozialismus ihnen stets ein leuchtendes Vorbild bleiben wird.

Diese Entschliebung wurde mit Zustimmung der Mehrheitssozialisten beschloßen und einstimmig wurde auch der Eintritt in den Profeststreik gutgeheißen.

Der Arbeiterrat Frankfurts gegen die Regierung.

Aus Frankfurt a. M. wird uns gemeldet: Die Exekutive des Arbeiterrates Frankfurt a. M., zu gleichen Teilen aus Mehrheitssozialisten und Unabhängigen zusammengesetzt, spricht in aller Offenheit und ernstester Stunde das folgende aus:

Es ist unsere Ansicht, daß die Reichsregierung es bis heute unterlassen hat, diejenigen Aktionen entschlossen vorzunehmen, die vor der Einberufung der Nationalversammlung hätten geschehen müssen, um die Revolution zu sichern. Es war nötig, die Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte durchgreifend zu schärfen, den reaktionären Geist in allen Verwaltungszweigen zu beseitigen, die Beschlüsse der Rätekonferenz sofort auszuführen, mindestens die Verstaatlichung des Bergbaus einzuleiten, die Familienbeihilfen zu beseitigen, die Kronensteuer einzuführen, ein Enteignungsrecht des Staates des Großgrundbesitzes gegenüber festzusetzen, die sozialen Grundrechte in der künftigen Verfassung als Grundgesetz zu proklamieren und den Staatsgerichtshof für die Kriegsverbrechen zu errichten.

Wir glauben, daß diese Unterlassungen der Reichsregierung dazu mitgewirkt haben, daß die blutigen Vorgänge in Berlin möglich geworden sind. Diese Unterlassungen werden es auch bewirken, daß, aller Voraussicht nach, wenn nicht mit aller Energie Einsicht geboten wird, das Schicksal der Revolution in die Hände einer bürgerlichen Mehrheit in der Nationalversammlung gelegt sein wird. Die Reichsregierung hat sich der Nationalversammlung gegenüber das Recht der Auflösung und des nochmaligen Appells an das deutsche Volk zu wahren, wenn die Nationalversammlung die Ergebnisse der Revolution durch reaktionäre Beschlüsse zu beseitigen suchen sollte.

Wir haben die jetzige Reichsregierung nicht mehr für fähig, ihre durch die Revolution gesetzte Aufgabe zu erfüllen. Wir fordern ihren Rücktritt. Wir wollen eine Regierung, die im Geiste der Einigkeit zusammengesetzt ist aus Vertretern aller sozialistischen Gruppen, die auf dem Boden einer gemeinsamen planvollen Aktion steht. Von dieser neuen Regierung erwarten wir die sofortige Verwirklichung der ausgedrückten Mindestforderungen. An alle Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands ergeht der Ruf, den juristischen

Ernst der Stunde zu erkennen und, bereit zu jedem Kampfe, die Revolution zu schützen.

Arbeiterrat Frankfurt a. M.

Der Zentralrat „billigt“.

Wolff verbreitet einen kurzen Bericht über eine gemeinsame Besprechung zwischen Regierung und Zentralrat über die „durch den Tod Liebknechts und der Frau Rosa Luxemburg geschaffene Lage.“ Darin heißt es:

Der Zentralrat billigte ohne Einschränkung die Haltung der Regierung, welche sofort gründliche Untersuchung anordnet und schärfste Bestrafung der etwaigen Schuldigen beschloß.

Vor einem so offensichtlichen, schrecklichen Verbrechen reden diese furchtbaren Menschen von „einigen“ Schuldigen. Aber es liegt auf der Hand, weshalb sie so zaghaft reden. Sie fühlen zu gut den Tod der Schuld, den sie selbst an diesem schrecklichen Verbrechen tragen. Sie, die diese entmenschte, unauferstärkte und verstockte Soldateska nach Berlin gerufen haben und ihr die Macht über Leben und Tod wehloser Bürger in die Hände gaben.

Das Verhaftungsfieber.

In der Wohnung des Genossen Dr. Herzfeld erschienen gestern nachmittag ein Leutnant, ein Unteroffizier und sieben bewaffnete Soldaten und durchsuchten die Wohnung, ebenso Keller und Boden. Gefunden wurde nichts. Als die Durchsuchung fast beendet war, erschien Dr. Herzfeld selbst. Ihn erklärte der Leutnant, er habe Auftrag, ihn zu verhaften, konnte aber keinen Verhaftbefehl vorweisen. Das Telefon wurde abgesperrt. Herzfeld wurde zu der Wache im Eden-Hotel geführt und von dort nach der Wache am Zoologischen Garten gebracht, erhielt dort aber von dem Offizier, einem Leutnant von Priehelwig von der Garde-Kavallerie-Division, die Mitteilung, er sei entlassen. Genosse Herzfeld bestand mit aller Entschiedenheit darauf, den Namen desjenigen zu erfahren, der den Auftrag zur Durchsuchung und Verhaftung gegeben habe und den Grund der Verhaftung. Nach einigem Sägen erklärte der Offizier, es sei der Division gemeldet worden, Herzfeld habe mit Liebknecht telefoniert. Die Verhaftung und Durchsuchung seien auf Anordnung des Oberbefehlshabers Roske erfolgt. Als Herzfeld dies für unglücklich hielt, meinte er, es seien so viele Stellen, man könne im einzelnen nicht wissen, wer den Befehl gegeben habe.

Man ersieht aus dieser Schilderung, welche Willkür gegenwärtig herrscht.

Auch Herzfeld ist verhaftet. Am Montag wurde er bereits vorübergehend inhaftiert, aber wieder freigelassen. Am Dienstag verhaftete man ihn aufs neue. Mit ihm seine Frau.

Als Grund wurde angegeben: Er solle in Verbindung mit Radek gestanden haben.

Wird wird jeder, der an der Revolution irgendwie tätigen Anteil genommen hat, in den Gesangnissen der „sozialistischen“ Regierung Ebert-Scheidemann die „Ordnungschaffen der Revolution“ genießen können.

Generalfest in Cuxhaven?

Hamburg, 16. Januar. Aus Cuxhaven wird berichtet, daß die Mehrheitssozialisten am Montag dem A. und S.-Rat folgende Forderungen unterbreitet haben: 1. Sicherung der Wahl zur Nationalversammlung, 2. Aufhebung des Beschlusses des A. und S.-Rates betreffend die Republik Cuxhaven, 3. Neuwahl des Arbeiter- und Soldatenrates.

Der telephonische und telegraphische Verkehr mit Cuxhaven ist unterbrochen. Danach scheint der angekündigte allgemeine Aufstand durchgeführt worden zu sein.

Der A. und S.-Rat des Kreises Jork teilt mit, daß ein Aufstand an die Republik Cuxhaven weder erfolgt noch geplant ist.

Ein Felsen Papier.

Wolff verbreitet um das „böllig unbedachtliche“ Verhalten gegen die im Gange befindlichen militärischen Maßnahmen endgültig aus der Welt zu schaffen, den Wortlaut der den Regierungstruppen abgenommenen „Verpflichtung“. Sie lautet:

„Ich verpflichte mich, der deutschen sozialistischen demokratischen Republik mit allen Kräften und nach bestem Wissen als Soldat zu dienen.“

Die jetzige provisorische Regierung werde ich unbedingt schützen und be unterstützen in der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Innern und an den Grenzen des Reiches.

Ich setze ein für ungeführte Nationalwahlen, den Schutz der Nationalversammlung und der von dieser beschloßenen Gesetze.“

Verwischung der Spuren.

Wir wollen es gleich deutlich sagen: die Untersuchung über die Ermordung Liebknechts und Luxemburg betrachten wir als eine freche Verhöhnung. Eine nichtwürdige Zumutung ist es, die Untersuchung einem Kriegsgericht zu übertragen, das natürlich nur die Wahrheit zu verhüllen und zu verwirren trachten wird. Aber auch zu irgend einem Gericht, das diese Regierung einsetzt, haben wir nicht das geringste Vertrauen.

Diese Regierung ist willkürlicher, geistloser als je irgend eine Regierung in irgend einem Land zu irgend einer Zeit. Zudem ist sie gegenüber den Offizieren und der übrigen Reaktion, die sie bewaffnet hat, machtlos, auf deren Wohlmeinung angewiesen. Wir sind überzeugt, daß die Ebert, Scheidemann, Roske, Landsberg aus persönlichem und Fraktionsinteresse alles daransetzen werden, um die Wahrheit zu vertuschen. Wir kennen zu genau die Brutalität und Skrupellosigkeit dieser Leute, die immer weiter sich von jedem sozialistischen, von jedem menschlichen Empfinden entfernt haben.

Die Verdrehung und Vertuschung ist ja schon in vollem Gange. Wir erklären, wir halten die amtliche Darstellung für vollkommen erlogen, mit Absicht und wider besseres Wissen erlogen.

Nur ein paar Punkte: Liebknecht wurde bekanntlich unmittelbar nach der Verhaftung im Auto schwer verletzt. Es ist fast sicher, daß dies durch einen Kolbenhieb geschah, das heißt durch einen Regierungssoldaten. Er war schwer verletzt. Dann fuhr das Auto in den Tiergarten und da gab es an einer auf diesem Tage sehr wenig frequentierten Stelle eine Panne. Angeblich sollte die Reparatur längere Zeit in Anspruch nehmen. Das Selbstverständliche wäre, falls die Panne wahr sein sollte, gewesen, einen Begleitmann um ein Auto zu schicken. Das Selbstverständliche geschah nicht. Der Schwerverletzte sollte zu Fuß weitergehen. Es ist klar, daß das sehr unpraktisch war, abgesehen von der Grausamkeit. Denn er war ja dann sicher schwerer zu bewachen (das beweist auch der angebliche Fluchtversuch) und der Zug konnte großes Aufsehen erregen, was doch zu vermeiden war. Deshalb glauben wir von der ganzen Erzählung von dem Fluchtversuch kein Wort. Daß sie nicht wahr ist, beweist auch die Tatsache, daß Liebknecht von vorn erlöchen worden ist. Wir fordern, daß die gerichtliche Obduktion durch einen hervorragenden und anständigen Sachverständigen vorgenommen werde und daß bereits zu dieser Sektion sachverständige Ärzte, die die unabhängige und kommunistische Partei nominieren, zugezogen werden.

Ebenso erlogen ist die amtliche Darstellung über die Ermordung Rosa Luxemburgs. Es ist ganz lächerlich, daß die Soldaten nicht imstande gewesen sein sollten, sie zu schützen, eine dumme Aukrede ist die Erzählung von der angeblichen Kriegskiste, von dem Mann, der mit der Pistole auf das Auto aufsprangen sei und die Bewußtlose niederstieß, wobei noch zu bemerken wäre, daß ja jetzt nur Reitermänner auf der Straße mit Waffe sich blicken lassen können, der Mörder also zu den Sicherheitsleuten des Roske gehören müßte. Volkommen unglaubwürdig ist vor allem die Behauptung, daß die Leiche von einer Volksmenge verschleppt und seitdem un auffindbar sei. Einmal handelt eine Volksmenge nicht so. Sie schändet die Leiche, trampelt vielleicht auf ihr herum, läßt sie aber liegen. Sätze sie sie aber weggeschleppt, so müßten doch Leute der Begleitmannschaft da hinterher laufen, also wissen, was mit der Leiche geschah.

Die ganze Erzählung ist eben ein Märchen. Die Leiche ist verschleppt worden von denen, die ein Interesse hatten, die Spuren ihrer Tat zu verwischen, von den wirklichen Mördern. Und die sind aller Wahrscheinlichkeit neben der Bewußtlosen im Auto geblieben.

Und nun ein neues Beweisstück, das wir erhielten, nachdem das Obige geschrieben war. Ein Augenzeuge, ein Gast des Hotels, der nicht zur Partei gehört, schreibt uns aus dem Eden-Hotel:

Die Darstellung von der Ermordung des Dr. Liebknecht und der Rosa Luxemburg ist absolut unzutreffend; die beiden sind beim Hotel „Gemeiner Nord“ durch die Soldaten zum Opfer gefallen; Offiziere haben die Soldaten ermuntert; Liebknecht ist mit dem Gewehrkolben beim Einsteigen im Auto niedergeschlagen worden und brach beim zweiten Schlag sofort vollständig zusammen. Von einer angesammelten Menge vor dem Hotel kann keine Rede sein; es war vollständig abgesperrt; als ich zehn Minuten vor der ersten Katastrophe gegen 1/11 Uhr ins Hotel gehen wollte, fragte ich einen der Aufseher verlangenden Posten, was denn eigentlich los sei, worauf er mir mitteilte, man habe Liebknecht gefangen eingebracht und es sei beabsichtigt, ihn totzuschlagen, ich nahm an, daß die Soldaten zum Schutz gegen den Mob das Hotel abgesperrt hätten; daß ich im Hotel oben mit gemeinen Nordbuben unter einem Dach wohnen muß (nicht telefonieren kann usw.), ist mir ein entsetzlicher Gedanke; bitte, helfen Sie der Wahrheit zum Durchbruch; nicht die Menge, die Soldaten des Regiments Reinhard sind die Mörder.

Nach dem Mord die Mägel! Wir aber fordern Wahrheit! Sie kann nur festgestellt werden durch eine besondere Untersuchungskommission mit außerordentlichen Vollmachten, der Vertreter der unabhängigen und kommunistischen Partei angehören. Nur so kann die Wahrheit an den Tag kommen.

Aber die Ebert, Scheidemann, Landsberg, Noske und ihre Herren, der Oberst Reinhard und die anderen Offiziere, haben die Wahrheit zu fürchten. Deshalb werden sie sich mit allen Mitteln dagegen stemmen. Aber das ist das Geschäftlich.

Eine Provokation.

In der Wahlrede in Cassel, in der Herr Scheidemann so gemühtvoll gegen den toten Liebknecht und die tote Rosa Luxemburg fortkochte, teilte er auch mit, daß die Regierung beschlossen habe, die Friedenskommision solle vom Grafen Brodorski-Rontau und ihm geführt werden. Ich fuhr er wörtlich fort, „soll ganz besonders deshalb mitgehen, um aller Welt zu zeigen, daß ein neues Regiment in Deutschland besteht, ein sozialistisches und demokratisches Deutschland.“

Das ist doch eine Frechheit! Der Mann der Kriegspolitik, der Preisgabe des Sozialismus, des Verrats an den internationalen Grundgedanken, der Sozialist des Kaisers, der Helfershelfer der Ludendorff-Politik, die er manchmal mit dem Maul bekämpfte und der er mit den Händen stets die Milliarden bewilligte, der Mann, dem die gesamte Internationale mit Haß und Verachtung gegenübersteht, der soll als Repräsentant des sozialistischen und demokratischen Deutschland gelten!

Kun, er wird höchstens gelten als der Repräsentant jenes Deutschland, in dem die Sabelkammer durch die Sabelanarchie und der Belagerungszustand durch die Lynchjustiz.

Wenn die famosen Volksbeauftragten eine Spur von Last hätten, wäre Scheidemann der letzte gewesen, den sie dem Ausland präsentieren durften. Und wenn sie etwas anderes als ihre elenden Fraktionsinteressen sehen könnten, wenn sie das Gesamtinteresse Deutschlands wahren wollten, dürften sie nicht den kompromittierten Mann senden. Aber was ist diesen Reuten deutsches Interesse, wenn es mit ihren Fraktionsinteressen in Widerspruch gerät. Nicht mehr als das sozialistische Interesse, also gar nichts!

Leichenfärbung.

Die „Deutsche Tageszeitung“ beschimpft die Toten: Jede Möglichkeit, ihrem Ziel näher zu kommen, war ihnen recht; vor jeder inneren Hemmung, bejahen sie kein Unterscheidungsvermögen für gut und schlecht und wurden schließlich, was die gewaltige Mehrheit des Volkes in ihnen sah, einfache Verbrecher, denen auch die politische Aufmachung keine Rolle mehr beizulegen konnte.

Die „Deutsche Zeitung“ lobt die Mörder: An keinem Ende trägt Liebknecht die alleinige Schuld. Die Missetat, die Rosa Luxemburg auf sich geladen, schrie nach Vergeltung. Man hätte sie vor ein strenges, aber gerechtes Gericht führen, vor ein solches Standgericht, und es war zweifellos, wie das Urteil ausfallen würde. Die Menge hat diesem Urteil zugestimmt. Rosa Luxemburg ist tot. Das Volk empfindet gefühllos.

Die „Tägliche Rundschau“ jubelt: „Mit Hrie nach Blut! Das Blutbad, das Liebknecht und Rosa Luxemburg angerichtet, verlangte Sühne. Sie ist schnell eingetreten und war bei der Rosa Luxemburg grausam, aber gerecht. Man schlug die Gattlerin tot. Der Bolschewik, übermächtig und ungerichtet geworden, verlangte die Rache. So lange hatte die Regierung diesen beiden mit russisch-bolschewistischem Gelde arbeitenden Agenten die Freiheit gelassen. — Der Gerichtstag an Liebknecht und Rosa Luxemburg ist gewesen: Deutschland hat Rache, es atmet auf!“

Mitschuldige.

Warum konnte Rosa Luxemburg von einer Rote aufgestellter Speißbürger mit Anstalten erschlagen werden? Weil die politische ungeschulte Menge über das Bösen und Wirken dieser Frau völlig falsch unterrichtet ist. Weil feige Demagoguen, bewußte Verleumder und verblendete Wirröpfe, die ein mit Rosa Luxemburg auf der gleichen Wank saßen, keiner Parteigeschäfte wegen, wider besseres Wissen aus der kommunistischen Bewegung einen Popanz, einen schwarzen Mann für die deutsche politische Kinderstube machten. Sie haben der bürgerlichen Presselemente das Stichwort zugerufen, und sie wiederholten es täglich.

Ihre Rache durch ist ungefüllt. Sie hegen weiter! Ein Flugblatt der Sozialdemokratischen Partei, das gestern auf den Straßen verteilt wurde, will die Bevölkerung aufklären über die Frage: Was wollen die Parteien? Darin heißt es:

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei — das gefängliche Werkzeug der verächtlichen Spartakusrotte — will nicht Freiheit und Selbstbestimmungsrecht des ganzen Volkes, sondern kämpft für die feuchtelose Gewalt Herrschaft terroristischer Minderheiten.

Opfer sind gefallen, unerschüttert. Doch nicht genug damit. Während die Arbeiterschaft die Einigung der Massen zur geschlossenen Front erstrebt, und fieberhaft tätig ist, um das Ziel zu erreichen, wandelt die sozialdemokratische Partei weiter den Pfad der Verleumdung. Die Wahrheit taugt nicht für sie. Sie

hat den Ehrenschild der sozialistischen Internationale mit Schmach bedeckt durch ihre Mitschuld am Weltkrieg, sie befudelt ihn mit Blut durch die Mitschuld am Doppelmord vom 16. Januar.

„Übertriebene Gerüchte“.

Wolff meldet aus Königsberg: Während bis vor kurzem die Gefahr des Vordringens der Bolschewiktruppen gegen Ostpreußen unterschätzt wurde, werden neuerdings aus durchsichtigen Gründen von russischer Seite übertriebene Gerüchte über angebliche Millionenheere verbreitet, die gegen unsere Grenzen marschieren sollen. Davon ist keine Rede. Die Linie Riga—Dünaburg—Wilna ist im ganzen von höchstens 50 000 Mann bolschewistischer Truppen überschritten worden. Eine wesentliche Verstärkung dieser Truppen ist vorerst unmöglich, solange die Sowjetregierung an den verschiedensten Fronten um ihr Bestehen kämpfen muß.

Von wem stammen diese „übertriebenen Gerüchte“? Wolff selbst hat Deutschland mit Alarmnachrichten überschwemmt. Jetzt muß man die Angst, die man „amtlich“ erregt hat, wieder beschwichtigen.

Kandidatenliste der U. S. P.

(Unabhängige Sozialdemokratische Partei)

für die Nationalwahlen am 19. Januar 1919.

Wahlkreis Berlin.

1. Emil Eichhorn.
2. Hugo Haase.
3. Gustav Laubant.
4. Luise Zieh.
5. Richard Herbst.
6. Margarete Bengels.
7. Dr. Hermann Weol.
8. Dr. Siegfried Weinberg.
9. Agnes Fabrenwald.
10. Hermann Müller.
11. Alfred Schwahn.
12. Hermann Claus.
13. Karl Siegle.
14. Wilhelm Thiel.

Wie es gemacht wird.

Unter dieser Überschrift bringt der „Vorwärts“ in Nr. 24 vom 15. Januar eine Notiz, die sich gegen die Protestkundgebung der Arbeiterschaft der Brauerei Engelhardt wendet. Hierzu wird erklärt:

1. Die eventuelle Beteiligung am Generalfest war für jeden, mit Ausnahme einiger Ueberzüglicher, eine Selbstverständlichkeit.
2. Die „Vorwärts“-Notiz ist nicht von sämtlichen Betriebsleitenden des Betriebes, sondern nur von einigen Betriebsleitenden des Transportarbeiterverbandes bezogen worden, anscheinend auf besonderen Wunsch ihrer Gewerkschaft.
3. Ein Arbeiterausschuß, der auch nur den Namen eines solchen verdient, besteht bis heute nicht und hat noch nicht bestanden — ohne unsere Schuld.
4. Ein Arbeiterrat des Betriebes besteht bis heute ebenfalls noch nicht.

Die „Vorwärts“-Notiz soll nur dazu dienen, unter den Kollegen Verwirrung und Zersplitterung herbeizurufen. Der Zweck wird sich als verfehlt erweisen.

A. Reumann (U. S. P.), Fr. Meßlein (U. S. P.), Paul Rautmann (S. P. D.).

Austritt der Unabhängigen

aus der Regierung Sachsens.

Die unabhängigen Minister Plehner, Geber und Lipinski haben unter energischem Protest gegen die Willkür und Gewalt Herrschaft der Leiter des Dresdener Arbeiter- und Soldatenrats, die von den rechtssozialistischen Ministern gestützt wurde, ihre Ämter niedergelegt.

Diese Verhöhnung der Gegenseite ist die Folge der Tatsache, daß auch in Sachsen die Rechtssozialisten ihre zweideutige Haltung zur Weiterführung der Revolution nicht aufzugeben vermochten.

Die Sozialisierung des Bergbaus.

Essen, 16. Januar. Der A- und S-Rat Essen schreibt zur Sozialisierung des Bergbaues u. a.:

Die Geschäftsführung des Bergbauvereins oder des Bergbauverbandes ist nicht im geringsten angefaßt, ebensowenig die Einsicht in die Mägel des Bergbauvereins oder des Bergbauverbandes gefordert worden. Die Behauptung des Bergbauvereins, daß die Einsetzung der Generalkommission eine Maßnahme des Essener A- und S-Rates allein sei, ist gleichfalls den Tatsachen nicht entsprechend, sondern sie ist erfolgt auf Veranlassung des A- und S-Rates Essen auf der am 3. Januar tagenden Konferenz sämtlicher A- und S-Räte des rheinisch-westfälischen Industriebezirks, der Vertreter und der Generalkommission der den freien Gewerkschaften angeschlossenen Berufsorganisationen, der Christlichen Gewerkschaften und der Kirch-Dunkerschichten Gewerkschaften, der polnischen Berufsvereine, der sozialistischen Verbände, der Vertreter der drei sozialistischen Parteigruppen unter Mitwirkung des Regierungskommissars Hue und des Unterstaatssekretärs Wiesberts, die einstimmig die vom A- und S-Rat Essen vorgeschlagenen Maßnahmen gutgeheißen haben.

Der Oberbürgermeister Dr. Lutzer, der Abgeordnete Hue, Generalsekretär Kengelmann und Herr von und zu Löwenstein wurden heute abend durch den Volksbeauftragten Wisloff nach Berlin berufen, wo morgen vormittag eine Sitzung über die Frage der Sozialisierung des Bergbaues mit dem vom A- und S-Rat des rheinisch-westfälischen Industriebezirks ernannten Volkskommissar für den Bergbau stattfindet.

Politische Nachrichten.

Franz Ledebour protestiert in einem Schreiben an uns dagegen, daß in einer Resolution der Arbeiterschaft der Firma Jansen & Co. unter den „kompromittierten“ Führern, deren Austritt

berlangt wird, auch der Name ihres Mannes genannt wird, dessen Eberts und Scheidemanns.

Auch wir meinen, daß besonders nach den letzten Vorgängen der Name Ledebours nicht mit denen eines Ebert oder Scheidemann zusammen genannt werden darf.

Sitzung des Volkstages.

Der Volkstag von Groß-Berlin hielt am Donnerstag, den 16. d. M., eine Sitzung ab, in der die Richtlinien beraten wurden, die der am Freitag, den 17. d. M., stattfindenden Volksversammlung der Arbeiterräte zur Beschlussfassung vorgelegt werden sollen.

Um die im Verkehrswesen unhaltbaren Zustände zu beseitigen, wurde folgender Beschluß gefaßt:

Die Groß-Berliner Straßenbahngesellschaft sowie die Hoch- und Untergrundbahn haben in den letzten Jahren hohe Reingewinne erzielt. Die Verkehrsverhältnisse sind aber von Jahr zu Jahr schlechter geworden, die Transportmittel befinden sich in völlig verfallenen Zustände. Mit der Arbeitskraft des angestellten Personals, besonders der Frauen, wird Kautschau getrieben. Nichtsdestoweniger haben die genannten Verkehrsanstalten durch mehrfache Tarifschönungen der Berliner Bevölkerung erhebliche Lasten auferlegt und sich selbst hohe Gewinne gesichert.

Unter Berufung auf die letzten Volksbewegungen ihres Personals stellen die Groß-Berliner Straßenbahngesellschaft und die Hoch- und Untergrundbahn eine neue Tarifschöpfung in kurzer Frist in Aussicht. Um dieser fiesigen Bestimmung der Berliner Bevölkerung, der auf diese Weise die Verkehrsverhältnisse immer mehr und mehr erschwert werden, ein Ende zu machen, wird der Antrag gestellt:

Der Volkstag beauftragt seinen kommunalen Ausschuß, auf das schnellste vorbereitende Schritte zu tun, die Große Berliner Straßenbahn und die Hoch- und Untergrundbahn in das Eigentum der Kommunen zu überführen, unter demokratischer Kontrolle der Kommunalbehörden und den zuständigen Instanzen der A- und S-Räte zu stellen.

In einer schon am Mittwoch stattgefundenen Sitzung wurden die gegenwärtigen Zustände in Berlin und die damit zusammenhängenden Verhaftungen erörtert und eine Kommission beauftragt, mit dem Zentralrat bei dem Rat der Volksbeauftragten auf eine energische Abhilfe hinzuwirken. Hierzu lag außerdem folgender Beschluß der Soldatenrats-Versammlung vor, die am 15. 1. im Abgeordnetenhaus tagte:

Der Volkstag wird beauftragt, sofort mit dem Oberbefehlshaber Noske in Verbindung zu treten, um die politischen und militärischen Verhältnisse in Berlin zu klären. Insbesondere die Stellung der herangezogenen Truppen und ihrer Führer zur Garnison und den Soldatenräten.

Der nächsten Vollziehung der Soldatenräte sind bestimmte Vorschläge zur Regelung der Kommandanturverhältnisse zu machen.

Der Volkstag schloß sich diesem Antrage an. Gegen die Tatsache, daß von den Regierungstruppen jeder Bürger auf der Straße sich einer Reibschiffartation unterziehen muß wurde protestiert und Abhilfe gefordert.

Groß-Berlin.

Achtung! Wähler und Wählerinnen!

Die am Sonntag, den 19. d. Mts. von morgen 9 Uhr bis abends 8 Uhr stattfindende Wahl zu der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung löst auf große Schwierigkeiten, da nicht genügend Wahllokale vorhanden sind, um die große Anzahl der Wähler glatt abfertigen zu können.

Für glatten und schnellen Abwicklung des Wahlgeschäftes müssen Wähler und Wählerinnen in ihrem eigenen Interesse dringend ersucht werden, in den Wahllokalen so früh wie irgend möglich zu erscheinen und sich das Warten nicht verdrücken zu lassen.

Weiter ist zur leichteren und schnelleren Abfertigung der Wählerchaft dringend geboten, Ausweise (Steuerquittung, Mietkontrakt, Taufschein usw.) mitzubringen und möglichst kopienweise zu erheben. Sonst würde es unvermeidlich sein, daß am Schlusse der Abstimmung hunderte Personen unbefriedigt bleiben.

Hinsichtlich der nach dem 6. Januar aus dem Freide zurückgekehrten und inzwischen hierher kommandierten Militärpersonen wird nochmals darauf hingewiesen, daß sie ihr Wahlrecht ohne Eintragung in die Wählerliste nur dann ausüben dürfen, wenn sie mit einer von der zuständigen Stelle ausgeteilten Bescheinigung im Wahllokale erscheinen. Die Bescheinigung ist dem Wahlvorsteher abzugeben.

Beschlagnahme sozialistischer Druckschriften.

Donnerstag abend gegen 7 Uhr erschienen in der Druckerei von Otto Godemann, Duesdener Straße 34/35, ein Major in Begleitung von zwei Leutnants, einem Feldwebel, einem Unteroffizier und 6-8 Mann (letzte mit Stahlhelm, Handgranaten, Revolvern und Gewehren ausgerüstet). Unter vorgehaltener Wollwulle wurde vom dem Drucker die Herausgabe der von ihm gedruckten Flugblätter verlangt. Diese wurden dann beschlagnahmt, ebenso die bekannte Broschüre: „Was will der Spartakusbund?“ Dann wurde der Drucker gezwungen, von einer noch nicht gedruckten anderen Broschüre Abzüge zu machen. Er verlangte vorher die Verfügung, auf Grund deren gegen ihn eingeschritten wurde, zu sehen. Diese lautete nur auf Beschlagnahme eines Flugblattes über den Tod Liebknechts und war von der Kommandantur dem 3. Garde-Schützenbataillon zur Ausführung übergeben worden. Als der Drucker einwandte, daß diese Verfügung nicht zur Beschlagnahme anderer Flugblätter und Broschüren berechtigt, ließ sich der Major mit der Kommandantur telefonisch verbinden und erklärte dann, daß er Befehl habe, sämtliche vorgefundenen Druckschriften zu beschlagnahmen und die Wollwulle zu vernichten, was dann auch geschah. Auch die Privatwohnung des Druckers wurde durchsucht, wo aber nichts Verdächtiges gefunden wurde.

Streik im Opernhaus. Am Donnerstag abend mußte die „Lohengrin“-Vorstellung im Opernhaus ausfallen, da das Chorpokal pflüchtlich in den Streik trat. Trotz der geringen Gehälter — Herren beziehen ein Höchstgehalt von rund 300 M., Damen von etwa 250 M. (einschließlich Teuerungszulage) — soll uns mitgeteilt werden, keine Besserung der Verhältnisse zu erreichen gewesen sein. Das Personal stellt deshalb am Freitag abend den Dienst ein.

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Wisloff, Neuhöll. — Druck der Lindenbräuererei und Verlagsbuchhandlung m. B. D. Schiffsbaustraße 11.